

Von der Kritik zur Konkurrenz

Die Umstrukturierung wissenschaftlicher Konflikte und ihre Wissenseffekte

Tilman Reitz

Da Wissenschaft Meinungsverschiedenheiten impliziert, müssen die Beteiligten Wege finden, Auseinandersetzungen zu führen und zu gestalten. Der vorliegende Beitrag soll zeigen, dass dabei lange Zeit die Form wechselseitiger Kritik vorherrschte, inzwischen aber zunehmend das Prinzip organisierter Konkurrenz dominiert. Kritik wird tendenziell zum bloßen Mittel für Wettbewerbserfolg herabgestuft. Im Beitrag werden zunächst Kritik und Konkurrenz als Formen sozialer Praxis eingeführt. In einem zweiten Schritt wird an geschichtlichen Episoden gezeigt, dass wissenschaftliche Kritik regelmäßig politische Unruhe oder systemische Störungen ausgelöst hat. Schließlich führt eine kleine Bestandsaufnahme neuerer Konkurrenzformen – Wettbewerbe um Forschungsmittel, Wettstreit um angesehene Publikationsorte und globale Rankingplatzierungen – zur verbindenden These: Kritik verliert in der Wissenschaft nicht zufällig an Bedeutung, vielmehr wird in vielen (anti-)mikropolitischen Prozessen ihr Störungspotenzial eingehegt.

*Ersteinreichung: 5. August 2016; Veröffentlichung online: 29. November 2016
An english abstract can be found at the end of the document.*

Fast nichts scheint so unanfechtbar geworden zu sein wie der Grundsatz, dass alles kritisiert werden kann. Seit das „Zeitalter der Kritik“ begann, der sich schon Kant zufolge alle Autoritäten „unterwerfen“ müssten (1781: A XII), haben die betreffenden Sprachpraktiken weiter an Raum gewonnen und dabei oft ihre Anstößigkeit verloren. Von persönlichen Ansichten und Beziehungen bis hin zu politischen Einrichtungen und Entscheidungen werden inzwischen alle Bestandteile sozialer Verständigung und Praxis argumentativ überprüft, beurteilt und infrage gestellt, ohne dass dies zwingend ihre Bestandsfähigkeit berührt. Eher haben sich Formen wechselseitiger Stabilisierung ergeben. Nach Luc Boltanski läuft in unseren „kapitalistisch-demokratischen Gesellschaften“ die „Beziehung zwischen Institutionen und Kritik“ darauf hinaus, dass letztere fest „in die Routinen des sozialen Lebens“ (2010: 185) eingebaut ist.[1] Erheblich weniger stabil erscheinen hingegen Herrschaftsformen, die es weiterhin (oder wieder) nötig haben, Kritik gewaltsam zu unterdrücken. Das Verhältnis muss nicht so bleiben, doch bis auf Weiteres lebt ein großer Teil der Menschheit im Zeitalter der institutionalisierten Kritik.

Am oft unterbrochenen, aber umfassenden Siegeszug ‚der‘ Kritik war die Wissenschaft maßgeblich beteiligt. Als Kritik noch unter dem Verdacht stand,

Bürgerkriegen vorzuarbeiten, betraf dies nicht zuletzt die textkritischen Disziplinen, und Philosophen wie Spinoza und Kant hatten ihre kritischen Impulse bereits aus den experimentellen Naturwissenschaften bezogen. Doch gerade der kritische Kern wissenschaftlicher Kommunikation könnte heute akut gefährdet sein, und zwar nicht allein durch die Institutionalisierung kritischer Verfahren. Vielmehr ist zu vermuten, dass Kritik in den Wissenschaften wirksam eingehegt wurde und nicht mehr das Leitmedium von Auseinandersetzungen darstellt. Sie wird zunehmend Konkurrenzregeln unterworfen, teilweise ausdrücklich in den allerorts eingerichteten Wettbewerben um Forschungsmittel, teilweise schleichend durch konkurrenzorientierte, etwa auf Publikationserfolg ausgerichtete Praxis im Kontext wechselseitiger Bewertungen.

Um diese These zu entfalten, werde ich zunächst die Begriffe *Kritik* und *Konkurrenz* (wissens-)soziologisch bestimmen, sie also beide als Interaktionsformen erläutern und ihre epistemischen Aspekte (Urteile fällen) beziehungsweise Einsatzmöglichkeiten (Fehler offenlegen, Lösungen überbieten) beleuchten (1). Auf dieser Grundlage kann ich konkret fragen, welche Effekte es hat, wenn wissenschaftliche Auseinandersetzung vorwiegend durch Kritik oder Konkurrenz strukturiert ist. Eine erste Teilantwort werde ich an exemplarischen Episoden aus der Geschichte der Kritik entwickeln: Anders als konkurrenzorientierte Interaktionsformen hat Kritik oft politische Anteile und Überschüsse, die weder in der Politik noch in der Wissenschaft wirklich erwünscht sind (2). Der aktuelle Wandel, den ich daran anschließend näher betrachten will, lässt sich konträr bestimmen: Er besteht darin, kritische Praxis in entpolitisierte Konkurrenz- oder Wettbewerbskontexte zu integrieren (die auch politisch beabsichtigt sein können). Jede Gutachterkommission und jedes Peer-Review übt Kritik, doch fast immer im Rahmen der Konkurrenz um Publikationsmöglichkeiten oder Forschungsmittel. Es bleibt zu überlegen, weshalb man heute diese Struktur Situationen vorzieht, in denen Kritik als solche Priorität hat oder nur dem Wechselspiel von Erkenntnis und politischem Streit untergeordnet ist (3).

1. Konkurrenz und Kritik als Formen epistemischer Praxis

Kritisieren und Konkurrieren sind Handlungsformen, in denen mindestens zwei Beteiligte vermittelt durch eine dritte Instanz einen Konflikt austragen. Im Fall von Konkurrenz ist diese Instanz ein sachliches beziehungsweise soziales Gut, das von mehreren angestrebt wird und dementsprechend zunächst von keiner Streitpartei kontrolliert wird – etwa Ressourcen, Marktanteile, Medaillen, Zuwendung oder Aufmerksamkeit, die der unterlegenen Seite entgehen. Wer verliert, kann stark geschädigt werden. Aber die Energie der Konkurrierenden richtet sich nicht – oder nicht primär – auf eine solche Schädigung (Simmel 1983 [1903]: 222). Im Fall von Kritik ist das fragliche Dritte nicht das Ziel, sondern das Medium der Durchsetzung, nämlich allgemein akzeptierte Vernunft: Eine Seite prüft, urteilt und korrigiert so stichhaltig, dass die andere dem „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ (Habermas 1981) folgen muss oder müsste.

Bereits diese erste Gegenüberstellung macht deutlich, dass sich beide Modi – Konkurrenz wie Kritik – gut für Wahrheits- und Wissensstreitfragen

eignen, die nicht gewaltsam ausgetragen werden und die, wenn Einsicht herrscht, konsensuelle Lösungen finden. Sie verweist zudem auf die stärkere epistemische Aufladung von Kritik, die schwer ohne Argumente vorstellbar ist. Und sie lässt auch schon mögliche institutionelle Formen erahnen, etwa die Ausschreibung von Wettbewerben oder die Einrichtung von Prüfungsverfahren. Vermutlich sieht geregelte Kritik und Konkurrenz anders aus als spontane, und vielleicht lassen sie sich institutionell kombinieren. Doch um solche Ausgestaltungen präzise erfassen zu können, müssen die beiden Handlungsformen zunächst jeweils für sich genauer analysiert werden.

Das kritische, urteilend-unterscheidende Handeln ist zu Beginn der Wortgeschichte ebenso durch seine praktische Einbindung wie durch seine epistemischen Anteile gekennzeichnet: Beim Anklagen und Urteilen (*krineîn*, substantivisch *krîsis*) beziehungsweise in der Gerichtsgewalt (*kritikê archê*), an der die Bürger griechischer Stadtstaaten teilhatten (Aristoteles 1957: 1275a,1275b), wurde Wahrheit zwar anders ermittelt als heute, doch das Ziel war bereits die – folgenreiche – Klärung eines Sachverhalts. Bei der etwas später eingebürgerten – und in der Neuzeit weitergeführten – *kritikê téchne* oder *ars iudicandi* (Röttgers 1982: 652), also den grammatischen, logischen und philologischen Künsten, stand die Tätigkeit von Gelehrten im Zentrum. Hier galt es herauszufinden, was genau in Argumentationen korrekt oder unstimmig, was in Texten authentisch oder verfälscht und was mit ihnen gemeint ist, und es wurde auch über die moralische, intellektuelle, ästhetische Qualität der Bestände geurteilt. Im modernen Sprachgebrauch werden diese Spezialfälle – zusammen mit der inzwischen hinzugetretenen Kunstkritik – universalisiert, erneut praktisch gewendet und auch in praktischen Kontexten aus engen – juristischen – Rahmenordnungen gelöst: Kritisierbar sind nun alle Behauptungen mit Wahrheitsanspruch, alle auch anders möglichen Handlungsweisen und Artefakte, kritikfähig sind alle, die etwas Stichhaltiges dazu vorbringen können.

Was Kritisieren nun genau heißt, lässt sich am besten durch eine Auflistung von überlieferten und neuen Sinnschichten abstecken: Kritik üben bedeutet nach wie vor *urteilen*; man lobt, bemängelt oder verwirft. Meistens weist man dabei auf Irrtümer oder Fehler hin und greift diejenigen an, die etwas Falsches vertreten und tun. Man hat dabei die Wahl, ihnen („konstruktiv“) gleich eine andere Lösung anzubieten oder sie allein damit zu konfrontieren, dass es so nicht geht, bewegt sich aber dem Anspruch nach bereits in einem gemeinsamen normativen Horizont. Ein solcher Anspruch zeigt sich etwa, wenn man eine richtige Verteilung von Gütern einfordert und dann bemängelt, dass sachfremde Faktoren ins Spiel kommen oder die falschen Kriterien gewählt wurden (Boltanski/Thévenot 1999: 373 f.). Falls die so Beurteilten nicht selbst anerkennen, dass sie etwas anders sehen oder machen müssen (zum Beispiel nicht Studierende mit Oberschichthabitus bevorzugen dürfen, die Prüfungen insgesamt drängenden politischen Fragen unterordnen müssten; ebd.), sollen ihnen zumindest Andere die Unterstützung entziehen. Diese Anderen sind nicht selten eine Öffentlichkeit: die Gesamtheit der Forschenden, Mitdenkenden, politisch Interessierten und Handlungsfähigen.

Der strukturelle Kern der kritischen Sprachhandlungen besteht wie angesprochen darin, dass sie Auseinandersetzungen intellektuell zu führen erlauben. Man droht den Anderen keine Sanktionen an, behindert sie nicht,

bietet ihnen keine Kompensationen und nimmt ihnen nichts weg, um ihr Reden und Handeln (oder ihre Stellung) zu ändern, sondern versucht sie (oder die Öffentlichkeit) zu überzeugen. Die Kritik kann dennoch aggressiv sein und (auch absichtlich) die Kritisierten schädigen: Sie können als lächerlich, dumm oder machtsüchtig erscheinen, ihr Ansehen und ihren Status verlieren, im Extremfall sogar als Ziel berechtigter Gewalt markiert werden. Daher hat die – sonst schwer zu kritisierende – kritische Praxis den Ruf, Ärger zu machen. In der Wissenschaft reduziert sich ihr Konfliktpotenzial jedoch zusätzlich, weil Erkenntnisfragen im Zentrum stehen: Argumente werden nicht vorrangig eingesetzt, um sich praktisch durchzusetzen, sondern um Wissen zu vermehren und die Wahrheit ans Licht zu bringen. Das ist ein entscheidender Punkt, denn erst die Freisetzung von Kritik aus traditionellen, religiösen und staatlichen Begrenzungen hat das ermöglicht, was wir Wissenschaft nennen. Klassische Wissenschaftstheorien – wie diejenige Poppers (1935) oder das verwandte deduktiv-nomologische Modell von Hempel und Oppenheim (1948) – verleihen der Kritizierbarkeit entsprechend grundsätzlichen Status: Thesen müssen empirisch falsifizierbar sein, die Kohärenz und Erklärungsreichweite von Theorien sind in einer „Methode der kritischen Nachprüfung“ (Popper 1935: 5) zu klären. Derart lässt sich Kritik vielleicht sogar methodisch gestalten. Sie kann bei Datenerhebungen und Diskussionen institutionelle Formen annehmen, die klar zu sehen erlauben, wer Recht hat. Gegen diese Vision spricht, dass oft gerade die Umwälzung von Denkroutinen und Forschungsregeln zu neuen Erkenntnissen geführt hat.[2] In jedem Fall muss man begründet sagen können, was am bisher für wahr Gehaltenen falsch war.

Selbst eine zwischen Regeln und Regelbruch oszillierende Kritik wäre vermutlich nicht hinreichend für wissenschaftlichen Fortschritt. Die bloße Zurechtweisung kann steril bleiben, und schon in der Tradition der Argumentationslogik stellt man Kritik die Kunst des Erfindens – die *topica* beziehungsweise den *ars inveniendi* – zur Seite (Röttgers 1982: 652). Auch für die Naturforschung gelten Einfälle und Beobachtungen als entscheidend, nicht die bloße Korrektur bisheriger Lehrmeinungen. Sobald sich Forschende nicht mehr primär an Überlieferungswissen abarbeiten, könnte Kritik als Operationsmodus sogar veraltet sein. Was nicht überzeugt, wird dann womöglich weniger widerlegt als vergessen beziehungsweise „in neuen kommunikativen Akten nicht mehr aufgenommen“ (Stichweh 2013 [1994]: 65).

Die Kommunikation neuer Entdeckungen dürfte dann allerdings weiterhin sozial reguliert sein. Wenn eine institutionalisierte oder systemisch selbstständige Wissenschaft schon der vielgestaltigen Praxis der Kritik feste Formen aufzuprägen tendiert, werden andere und historisch jüngere Formen wissenschaftlicher Auseinandersetzung erst recht in Verfahren eingebunden sein, die sicher stellen, was weiter verfolgt, was verworfen oder vergessen wird. Dass es in einem produktiven Sinn weiter geht, könnte das Leitmedium der Konkurrenz oder ihre verregelte Spielart, der Wettbewerb, gewährleisten.

Der praktisch entscheidende – aber epistemisch ambivalente – Punkt der Konkurrenz liegt darin, dass ihre wichtigen Formen in einem starken Sinn sozial, nämlich auf eine Vielfalt Beteiligter angewiesen und durch deren Auswahlakte bestimmt sind. Zwar kann man auch dann von Konkurrenz sprechen, wenn Lebewesen einander Nahrungsmittel, Licht, Raum oder Ähnliches

streitig machen (Toepfer 2015). Doch wenn die Konkurrerenden zugleich symbolisch handeln, gilt, was Georg Simmel herausgestellt hat: Sie bemühen sich um die Gunst einer dritten Partei, die häufig beliebige Andere umfasst (Reitz 2015: 169 f.), insofern diese über begehrte und knappe Ressourcen verfügen. Man versucht Käufer_innen, Geliebte oder Anhänger_innen zu gewinnen, Blicke auf sich zu ziehen, Jurys zu überzeugen. Wie im Fall von Kritik geht es hier also häufig darum, eine Öffentlichkeit für die je eigene Sache einzunehmen. Sie soll einem zwar nicht generell Recht geben, muss aber das je eigene Angebot attraktiv finden. Das gilt auch für geistige Angebote. In der wissenschaftlichen Konkurrenz wird derart vor allem um kognitive Aufmerksamkeit geworben – besonders um das Interesse anderer Forschender, die an die eigenen Ergebnisse anknüpfen. Die Konkurrenz um dieses Interesse wird in nennenswertem Maß möglich, seit aufeinander Bezug nehmende Publikationen in der Wissenschaft wichtiger wurden (Stichweh 2013 [1994]: 56 ff.). Und sie wird notwendig, sobald selbst Fachleute die Masse an Neuerscheinungen in ihrem Feld nicht mehr überblicken können. Zudem lassen sich Wettbewerbe besonders gut organisieren. Welche Kritik zutrifft beziehungsweise welche Kriterien gelten, kann anhaltend umstritten sein. Wer eine Förderung einwirbt oder wie häufig ein Text zitiert wird, lässt sich hingegen eindeutig feststellen und zur Grundlage weiterer Entscheidungen machen. Wenn Kritik mutmaßlich die Weise war, in der sich Wissenschaft von außerwissenschaftlichen Autoritäten emanzipiert hat – und vielleicht weiterhin emanzipieren muss –, könnte Konkurrenz das Leitmedium sein, in dem ein bereits etabliertes Wissenschaftssystem arbeitet.

Der mögliche Konkurrenzserfolg wissenschaftlich Tätiger ist allerdings vielfältig. Sie können auch außerhalb der eigenen Disziplin oder beim nichtwissenschaftlichen Publikum populär werden, auf Nutzungs- und Verwertungsinteresse für ihre Entdeckungen stoßen, sie patentieren lassen, verkaufen oder für geplante Forschungen Fördergelder erhalten, Preise und Ehrungen empfangen, Macht im Wissenschaftsbetrieb aufbauen, privilegierte Arbeitsbedingungen und Arbeitsorte erreichen, um schließlich ganz oben in globalen Ranglisten zu stehen. Die Auflistung ist nicht vollständig – und wird zumal im Bereich der Prestigekonkurrenz zu ergänzen sein –, doch sie legt nahe, dass Konkurrenz in der Wissenschaft eine Art Strudel bildet: Je weiter die Kreise sind, die sie zieht, desto mehr droht der soziale ‚Erfolg‘ die wissenschaftliche ‚Leistung‘ dem Blick zu entziehen. Und da die Forschenden selbst neben Einsichten immer auch Bestätigung, Anerkennung, Macht und Verfügungsgewalt anstreben, lassen sich ‚Erfolg‘ und ‚Leistung‘ nicht einmal im Austausch wissenschaftlicher Bezugnahmen klar unterscheiden. Gerade die Verdichtung statusrelevanter Qualitätsurteile könnte bewirken, dass fürs Erste niemand erfolgreiche Wettbewerbsstrategien und wissenschaftliche Qualität auseinanderhalten vermag. Relevantes Wissen ist dann, was sich in der Konkurrenz um Publikationen, Fördergelder und Rankingplätze durchsetzt. Kritik und Korrekturen sind damit nicht ausgeschlossen, werden aber nachrangig.

Im Folgenden gilt es auszuloten, ob eine solche Konkurrenz wirklich das neue Leitmedium wissenschaftlicher Auseinandersetzung bildet und wie sich dann der Bedeutungsverlust der Kritik erklären lässt. Mindestens zwei Vermutungen – zur nur begrenzten Regulierbarkeit von Kritik und zur sozial erforderlichen Reduktion wissenschaftlicher Komplexität – wurden bereits

geäußert, eine geschichtlich fundierende Betrachtung steht aber noch aus. Von ihr ausgehend sollte auch klarer zu sehen sein, welche Effekte die mögliche Umstellung auf Konkurrenz hat.

2. Episoden aus der Kritikgeschichte der Wissenschaften

Kritik ist gefährlich. Zumindest war sie es, als sie sich als Verständigungsmodus durchsetzte. Sie bleibt oder wird es wieder, wenn Macht auf Orthodoxie, Autorität und Überzeugungen fußt. Gefahr droht dann zum einen der autoritären Ordnung selbst – die weniger überzeugt, wenn sie sich als inkonsequent erweist oder an von ihr nicht vorgesehenen Maßstäben gemessen wird –, zum anderen denen, die sie sprachpraktisch angreifen. Auf den Spielwiesen westlicher Wissenschaft – und angesichts wissenschaftlich-technischer Gefahren, die durch Kritik nur benannt und nicht erzeugt werden – muss man an diesen Umstand eigens erinnern. Doch er zeigt sich nicht nur gegenwärtig in Entlassungen, Verhaftungen, Drangsalierungen, politischen Morden und Folter in vielen Ländern. Er lässt sich auch in der Kritikgeschichte der Wissenschaften nachweisen und beeinflusst immer noch, wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen geführt werden.

Hier bleibt Kritik, auch wo niemand akut gefährdet ist, eine Quelle von Störungen, die sowohl Erkenntnisprozesse beeinträchtigen als auch Pseudowissenschaftlichkeit bloßstellen können. Was zunächst als ideologische Mäkelei erscheint, erweist sich nach einer Wirtschaftskrise vielleicht als prognosestarke Erkenntnis. Damit bestätigt der Gang der Wissenschaften die soziologische Annahme, dass sich der Bezugsrahmen von Kritik nie abschließend fixieren lässt. Sie wechselt zwischen normativen, kognitiven und ästhetischen Ansprüchen, sobald lebensweltliche Verständigung einsetzt (Habermas 1981: 183 ff.) beziehungsweise Metareflexion in natürlicher Sprache nötig wird. Und sie verschiebt den Urteilsrahmen – beispielsweise von der Religion zum Staatsinteresse, zu Ansehen, Markt- oder Produktionseffizienz –, wenn Entscheidungsroutrinen suspekt werden (Boltanski/Thévenot 1999). Diese Variabilität lässt sich praktisch kaum völlig ausschließen – indem man etwa ‚normative‘, ‚politische‘ oder ‚ideologische‘ Forschungsaspekte aussieht –, und sie trägt konstitutiv zu Erkenntnisfortschritten bei (Feyerabend 1983: 65 f.). Allerdings ist anzunehmen, dass unerwünschte Kritik immer wieder eingehengt oder marginalisiert wurde, um Konflikte und Störungen im Wissenschaftsbetrieb zu vermeiden und dass die gegenwärtige institutionelle Stellung von Kritik aus eben diesem Prozess resultiert.

Um diesen Vermutungen nachzugehen, will ich im Folgenden drei Episoden der europäischen Wissenschaftsgeschichte näher betrachten. Zunächst werde ich an die Unruhen erinnern, die in den hierarchischen Ordnungen der Frühen Neuzeit ausgelöst beziehungsweise verstärkt wurden, als die Kritik beinahe beliebiger Privatleute in die etablierte öffentliche Seinsauslegung einzugreifen begann. Zweitens interessiert mich die Umwendung subjektphilosophischer Erkenntniskritik in radikale Sozialkritik, die sich zwischen Feuerbach und Marx beobachten lässt. Schließlich vollziehe ich nach, wie kritische Impulse auch im Wissenschaftssystem selbst für Verwirrung gesorgt haben: in der Kritik wissenschaftlicher Rationalität, die besonders die frühe Kritische Theorie und poststrukturalistisch geprägte Forschende entwickelt

haben. Zu jeder Episode frage ich auch, inwiefern das Wissenschaftssystem und andere soziale Ordnungen Anlass zu Abwehrreaktionen erhalten haben. Die Streitigkeiten um ‚postmoderne Beliebigkeit‘ und ‚eleganten Unsinn‘ bilden dabei vielleicht nur den sichtbarsten Ausdruck institutioneller Kämpfe, die in den Dispositiven wissenschaftlicher Konkurrenz münden.

Dass die innovative, experimentelle Naturforschung der Frühen Neuzeit eine Bedrohung für kirchliche Autoritäten, traditionale Vergesellschaftung und erbliche Herrschaft darstellte, ist bekannt. Auf der Hand liegt zudem die Frontstellung zwischen philologisch-philosophischer Textkritik und den Verwalter_innen der biblischen Offenbarung, die in Verfolgung und Untergrundliteratur ausagiert wurde (Israel 2001, Mulsow 2012). Doch auch die frühmodernen Versuche, Herrschaft und soziale Ordnung neu zu denken und herzustellen, sahen sich durch die kritischen Verhaltensweisen der Forschenden herausgefordert. Dabei lassen sich zwei komplementäre Probleme und ein gemeinsamer Lösungsansatz erkennen.

Reinhart Koselleck hat im Umfeld der Textkritik starke Belege für seine – beziehungsweise Carl Schmitts – These gefunden, dass die Beendigung der religiösen Bürgerkriege durch eine konfessionell neutrale Staatsmacht an Grenzen stieß, als die zunächst entpolitisierten Privatleute eigene moralische Normen aufbauten (vgl. Koselleck 1996 [1959], Schmitt 1938). Indem das Gewaltmonopol von Glaubensfragen abgetrennt wurde, ließ man die Meinungen frei – und gab damit einer anarchischen Dynamik Raum. So sieht das Resultat schon Pierre Bayle, ein Protagonist der philologischen Kritik. Für ihn ist die „République des Lettres“ (zitiert nach Koselleck 1996 [1959]: 91) ein äußerst freier Staat oder Zustand („un état extrêmement libre“), in dem allein die Herrschaft der Wahrheit und der Vernunft („l’empire de la vérité et de la raison“) anerkannt wird (ebd.). Man führe daher unschuldig Krieg gegen beliebige Andere – („on fait la guerre innocemment à qui que ce soit“), jeder sei zugleich Souverän und dem Urteil eines jeden unterworfen („justiciable de chacun“) (ebd.). Bayle spielt hier offenkundig auf den „Bürgerkrieg“ (ebd.) beziehungsweise auf den Kampf aller gegen alle an. Mit einer weniger hobbesianischen Haltung kann man in seinem Szenario die demokratische Gleichheit von Beliebigen hervorheben: ‚chacun‘, ‚qui que ce soit‘ oder ‚n’importe qui“ (Rancière 2002 [1995]). Diese Gleichheit wird im wissenschaftlichen Streit erprobt. In jedem Fall werden weniger die strittigen *Inhalte* der Offenbarung, Überlieferung und Naturerkenntnis akzentuiert als die *Form* ihrer Verhandlung. Gerade mit dieser Form sprengt die Wissenschaft den Rahmen einer um der Ordnung willen zu akzeptierenden Autorität.

Die Gefahr betrifft auch die Ordnungsbestrebungen der kritischen Oberschicht, die Koselleck stark vernachlässigt beziehungsweise von vornherein abwertet. Der Bürgerkrieg wurde in England weniger durch den Souverän beendet als durch eine Allianz zwischen Adel und nobilitierten Geldklassen, die sich in der konstitutionellen Monarchie ihre Institutionen aufbauten (Habermas 1990 [1961]: 123). Ihren wissenschaftlichen Arm bildete die Royal Society, die sich trotz ihres Namens wesentlich als Privatsozietät (Im Hof 1982: 113) experimenteller Naturforschung widmete. Der Austausch über nichtmenschliche Verhältnisse galt dabei als Alternative zu gewaltträchtigen Themen.[3] In der Praxis drohten der kulturell erneuerten Oberschicht dennoch Konflikte: Wie kann man ehrbaren Leuten abstreiten, die Wahrheit

zu sagen, ohne ihre Ehre zu kränken? Steven Shapin hat gezeigt, dass „Giving the lie“ (1994: 107ff.) tatsächlich eine symbolische Aberkennung des Gentleman-Status bedeutete und gewaltsame Antworten provozieren konnte. Zugleich waren aber genau diese kritischen Einwände nötig, wenn man korrekturoffenes Wissen auf nachprüfbar sinnliche Wahrnehmungen gründen wollte. Die organisierte wissenschaftliche Neugier bedrohte also die Prinzipien ihrer stärksten Verbündeten, die Autorität des Staats und die Konsolidierung der Oberschichten.

Shapin zufolge wurde das Problem gelöst, indem man direkten Widerspruch vermied und zugunsten des höflichen Umgangs die Standards wissenschaftlicher Exaktheit lockerte.[4] Eine stabilere Lösung betrifft Staat wie Oberschichten: das Peer-Review, die vor der Publikation erfolgende Prüfung von Manuskripten durch Mitgelehrte. Während Martin Reinhart vermutet, dass voröffentlich (und moderat) geäußerte Kritik die Beleidigungsfahr reduzierte (2010: 4 f.),[5] zeigt Mario Biagioli, dass sie die direkte staatliche Aufsicht ersetzte (2002: 20 ff.). Schriften über Politik oder Religion waren der staatlichen Zensur vorzulegen; die als weniger heikel geltenden naturwissenschaftlichen Schriften konnten die Forschenden selbst auf Unbedenklichkeit hin prüfen. In dieser Anweisung stimmten – bei sonst sehr ungleicher Publikationspraxis – die Statuten der Académie Française und der Royal Society überein (ebd.). Erst im 18. Jahrhundert begann in den Peer-Reviews der Zweck der ‚Qualitätssicherung‘ zu dominieren (ebd.: 17 ff.). Doch selbst die heutige Praxis der Peer-Reviews dürfte weiterhin disziplinierend wirken (siehe unten und ebd.: 12). Das entstehende Wissenschaftssystem hat also früh begonnen, Kritik durch Moderierungsverfahren einzuhegen. Und es hat nachhaltigen Erfolg gehabt.

Als sich im 19. Jahrhundert das moderne, fachlich gegliederte und akademisch organisierte System der Wissenschaften herausbildet, ist die Lage entspannter: Der Trend zur Meinungsfreiheit hat sich trotz restaurativer Gegenbewegungen verstetigt und ausgeweitet, neben die religiösen Lehren treten säkulare Ideologien, die Oberschichten definieren sich zunehmend eher durch Geld als durch Ehre. Die zunächst vereinzelt, erst zum Ende des 19. Jahrhunderts gebündelt Ansätze zu Wissenschaften von der Gesellschaft bleiben politisiert – und sei es in der Form, dass sie auch Steuerungswissen über das staatlich nicht direkt Gestaltbare versprechen (Reitz 2015b: 137 ff.). In diesem proto-sozialwissenschaftlichen Kontext wird der Kritikbegriff selbst gegenüber Kant radikalisiert. Konnte man ihn im idealistischen Umkreis zunächst in Abgrenzung zu Erfahrungswissen und Politik nutzen (Röttgers 1982: 662), treibt nach Hegel gerade die subjektphilosophische Reflexion zu Veränderung. Bei Feuerbach hieß dies, christliche Heilslehren als entfremdete Gestalt menschlicher Freiheit zu erkennen. Andere Linkshegelianer attackieren im Namen dieser Freiheit den Staat, das Eigentum und die Mehrheitsmeinung. Die Idee der Kritik ist dabei zentral: „Moderne Freiheit besteht in Kritik, in einer Untersuchung und Umformung des Gegebenen, die alle irrationalen Beziehungen und Institutionen auslöscht“ (Moggach 2010: 243). Diese breite Zuständigkeit droht allerdings in Referenzlosigkeit umzuschlagen, wenn sich die Kritiker_innen nicht mehr an Lehrmeinungen reiben können. Bruno Bauer, der in der theologischen Fakultät mit radikaler Bibelkritik aufgetreten war, fragt schließlich: „Was ist

jetzt der Gegenstand der Kritik?“ (1844a). Die wohl wichtigste Alternative benennen Engels und Marx: Kritik muss politische Bündnisse schließen. Statt sich wie Bauer auch von den politisch-sozialen Bewegungen abzustößeln, die um 1848 aufkommen,^[6] hat Kritik ihnen zufolge erst Sinn, wenn sie in solchen Bewegungen mitwirkt und deren Primat anerkennt; im Extremfall wird sie sogar mit den praktischen Kämpfen gleichgesetzt.

Die entsprechenden bekannten Sätze des jungen Marx vollziehen die Entwicklung sozusagen im Schnelldurchlauf. Rückblickend heißt es: „Für Deutschland ist die *Kritik der Religion* im Wesentlichen beendet, und die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik“ (1957 [1844]: 378). Wer Religion als die bloß „phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens“ (ebd.: 379) bestimmt, kann weitergehen: „Die Kritik des Himmels verwandelt sich damit in die Kritik der Erde, die *Kritik der Religion* in die *Kritik des Rechts*, die *Kritik der Theologie* in die *Kritik der Politik*“ (ebd.). Da bloß geistige Kämpfe – zumal in Deutschland – jedoch wenig Verbesserung versprechen, ruft Marx schließlich zu verändernder Praxis beziehungsweise zu engagierten Aussagen auf: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“ (ebd.: 385). Die gleiche Wendung findet sich ethischer getönt in der Formel wieder, dass die „Kritik der Religion“ in dem „*kategorischen Imperativ*“ münde, „*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (ebd.).

Man kann die avantgardistische und die praktisch-politische Wendung der Kritik bei Bauer und Marx als Sonderfälle einordnen, die mit (Sozial-)Wissenschaft nur noch wenig zu tun haben. Dagegen spricht die Tendenz der Sozialwissenschaften, immer wieder sozialkritische oder oppositionell engagierte Fraktionen hervorzubringen – die für einige sogar konstitutiver Teil dieser Wissenschaften sind (Burawoy 2005). Strukturell interessant wird diese Tendenz, wenn man die Gegenseite hinzunimmt: die Produktion von Herrschaftswissen. Sozialwissenschaftler_innen, die keine politische Kritik anstreben, sind ja nicht normativ neutral oder unpolitisch. Mit vielen Techniken – wohlfahrtsökonomischen Rechnungen, sozialpsychologischen Diagnosen, Einkommens- und Einstellungsstudien – arbeiten sie Kräften wie der Staatsverwaltung, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbänden oder deutungsmächtigen Professionen zu. Wer hier Schwächen in den Methoden, Theorien und Resultaten aufdeckt, erzielt fast automatisch einen politischen Effekt. In seiner *Kritik der Politischen Ökonomie* nutzt Marx diese Möglichkeit bereits, und soziologische Hauptwerke von Mills bis Bourdieu haben ideologiekritischen Charakter. Praktische Anweisungen geben sie nicht notwendig, aber sie bewegen sich eher im Horizont einer oppositionellen als der herrschenden Praxis.

Daher lohnt es zu fragen, wie institutionell auf die praktische Wende im 19. Jahrhundert reagiert wurde. Die Ausgangslage ist klar: Bruno Bauer wurde bereits infolge seiner Bibelkritik seine *venia docendi* entzogen (was er mit inszeniert hatte), und auch andere linkshegelianische Religionskritiker wurden faktisch aus dem Universitätsbetrieb ausgeschlossen (Eßbach 1988: 124 ff.). Wer wie Edgar Bauer oder Marx zudem Staat und Privateigentum angriff,

musste mit Haft rechnen oder ins Exil gehen. Das sind nicht die Hauptreaktionsformen des wissenschaftlichen und politischen Systems geblieben. Wo die radikalen Äußerungen Gelehrter nicht mehr als große Gefahr eingestuft wurden, aber weiter als Störungen auffielen – in den Demokratien des frühen 20. Jahrhunderts, nach 1968, in der Globalisierungskritik –, sind repressive Reaktionen durch subtilere Lösungen ergänzt worden. Institutionell entscheiden nun eher akademische Hierarchien, Integration und Anerkennung im Forschungssystem als die Justiz darüber, wer oder was tolerabel ist, und Ausschlussdrohungen sind eher informell als formell. Manchmal stellen sogar Belohnungen die Kritik still, etwa die Kooptation als Experte oder Expertin. Welche Mechanismen genau bestimmend werden, um politisch engagierte Kritik einzuhegen, lässt sich an der Ursituation um 1848 nicht ablesen. Das Terrain der Auseinandersetzung ist jedoch bestimmbar: Auf politische Änderungsziele antwortet Machteinsatz, bevorzugt in Gestalt negativer oder positiver Sanktionen.

Der Prozess kritischer Radikalisierung ist in einer Art eigener Fortschrittsgeschichte weiter gegangen: als (Selbst-)Kritik der wissenschaftlichen Vernunft, die schließlich auch die naturwissenschaftlichen Disziplinen erfasste. Epistemologisch kennzeichnet diese Wende, dass ihre Protagonist_innen Rationalität im Kern kritisieren; soziologisch kann man sie als Nebenprodukt akademischer Professionalisierung begreifen. Die aus der deutschen Universität verjagten und in den USA nie ganz integrierten Intellektuellen der Kritischen Theorie hatten Anlass und Möglichkeiten, das Gesamtgefüge rationaler Naturbeherrschung sozialtheoretisch zu kritisieren. Nach den Studierendenrevolten um 1968 haben vor allem strukturalistisch geprägte Gelehrte versucht, intellektuelle Struktur- und Regelbrüche an den Hochschulen selbst voranzutreiben. Auch sie greifen dabei nicht bloß sozialwissenschaftliche Normen an. In ihrer Nachfolge setzen sich bis heute feministisch und ökologisch motivierte Forschende für eine andere Gesellschaft ein, die zugleich eine andere Naturwissenschaft kultivieren würde. Fraglich bleibt, ob die Kritik wissenschaftlicher Vernunft in allen Disziplinen zu ähnlich überzeugenden Einsichten führt.

Die Innenansichten von Wissenschaft, die in der Kritischen Theorie erarbeitet werden, fallen nur für die Sozialwissenschaften einigermaßen präzise aus. Immerhin ist dabei gerade die Übernahme naturwissenschaftlicher Verfahren ein geeignetes Kritikziel. Gegen Popper ließ sich im Positivismustreit einwenden, dass die Aufstellung und experimentelle Überprüfung gesetzesförmiger Annahmen für Soziales schlecht anwendbar ist, weil sich dort keine Laborbedingungen herstellen lassen und die Forschung ständig symbolisch mit ihren Gegenständen kommuniziert (Habermas 1964). In der *Dialektik der Aufklärung* (1988 [1947]) hatten Adorno und Horkheimer positivistische Sozialforschung sogar als Instanz von Verhaltensnormierung kenntlich gemacht.[7] Die Naturwissenschaften trifft die Rationalitätskritik dagegen eher von außen. Zum einen betrachten Adorno und Horkheimer naturwissenschaftliche Erkenntnisprozesse nie im Detail (und übersehen daher wohl kreative, anarchische oder mimetische Anteile). Zum anderen ist ihr Vorwurf begrenzt: Während sie im Sozialen behaupten können, dass Menschen und Verhältnisse durch ihre normierte Erfassung verändert beziehungsweise zugerichtet werden, halten sie den Naturwissenschaftler_innen

nur vor, dass ihre *Einsichten* in der technischen Naturbeherrschung *funktionieren*. Dabei fallen harte Worte:

„Das Wissen, das Macht ist, kennt keine Schranken, weder in der Versklavung der Natur noch in der Willfähigkeit gegen die Herren der Welt. [...] Die Könige verfügen über die Technik nicht unmittelbarer als die Kaufleute: sie ist so demokratisch wie das Wirtschaftssystem, mit dem sie sich entfaltet.“ (ebd.: 8)

Bei aller Anklage bleibt jedoch Bacons Gedanke unberührt: Rationale Forschung schafft ein Wissen, das es beliebigen Akteuren erlaubt, Naturvorgänge in ihrem Sinn zu manipulieren, sofern sie über die erforderlichen Ressourcen verfügen.

Die poststrukturalistische Kritik und ihr nachfolgende fallen radikaler aus. Sie zeigen im stärksten Fall, dass sich die Wissenschaften, die unsere Gesellschaften faktisch ausgebildet haben, kontingenten Machtverhältnissen, Ereignisketten oder Sprachspielen verdanken – nicht der ‚Wahrheit‘ ihrer Resultate. Hätten wir andere Geschlechterverhältnisse, andere Beziehungen zu Tieren und Pflanzen, andere globale Machtordnungen, Regierungs- und Verwaltungstechniken, Rechts- und Eigentumsformen, Hochschulen und Labore, würden auch unsere Physik, Biologie und (erst recht) Medizin Anderes herausfinden – und umgekehrt. Feministische Biologie ist politisch nicht stärker vorentschieden als etwa Dawkins Thesen zum ‚egoistischen Gen‘ (1976). Und anders als kryptopolitische Theorien reflektiert sie Kontexte der Entdeckung, Darstellung und Geltung, zum Beispiel anhand des Genbegriffs (Fox Keller 2000) oder der epistemisch wie praktisch vereindeutigten Zweigeschlechtlichkeit (Fausto-Sterling 2000). Dass es, wenn Fachwissen fehlt, auch misslingen kann, die Kontextabhängigkeit der Naturwissenschaften aufzuweisen, hat 1996 Alan Sokals Hoax-Essay „Transgressing the Boundaries“ demonstriert, der eine Reihe falscher physikalischer Aussagen in die Zeitschrift *Social Text* eingeschmuggelt hat. Bei den ebenfalls parodistisch gemeinten Anklagen des ‚Kapitalismus‘ oder des ‚Militärs‘ stellt der nachträgliche Kommentar jedoch fast immer klar, dass sie nicht *ganz* falsch sind, nur „überzeichnet“ (Sokal/Bricmont 2001: 316). Die Frage, inwiefern Wissenschaftskritik zutrifft, die Wissen in seinen Funktionskontexten angreift, bleibt also offen.

Eine Antwort, die den poststrukturalistischen Ansatz weiterentwickelt, hat Bruno Latour in dem Vortrag „Why Has Critique Run out of Steam?“ (2004) entwickelt. Für ihn beschäftigen sich die Naturwissenschaften wie alle anderen nicht mit ‚matters of fact‘, sondern mit ‚matters of concern‘ – mit Dingen also, die uns angehen und unser Verhalten beeinflussen. Damit wendet er sich nicht allein wie Horkheimer und Adorno gegen die Reduktion der Welt auf beherrschbare Objekte, die er als Mangelform der ‚matters of concern‘ begreift (ebd.: 234 f.). Er entwickelt darüber hinaus eine Gegenerzählung, die bei den naturwissenschaftlich-technisch erschlossenen und gestalteten Dingen ansetzt. Angeregt durch etymologische Überlegungen Heideggers – aber gegen dessen Präferenz für das nichttechnische-Traditionale –, begreift Latour solche Dinge als eine Art Thingstätte oder ‚Versammlung‘ bedeutsamer Faktoren, einschließlich von Instanzen wie ‚Mensch‘ und ‚Gott‘. Ein Beispiel bietet Allan Turings Aufsatz über „Computing Technology and

Intelligence“ (1950), der seine grundlegenden Neuerungen aus der Frage entwickelt, ob Maschinen denken können und wie das gegenüber dem Schöpfer verantwortbar wäre. Latour entnimmt dem Text sogar einen Hinweis darauf, wie Kritik wieder lebendig werden könnte: Sie kommt zustande, wenn in der Ding-Versammlung eine kritische Masse von Faktoren überschritten wird, ab der Neues entsteht.[8]

Latour reflektiert leider nicht den klassischen Einwand, dass man Genesefaktoren nicht als Geltungsaspekte behandeln sollte.[9] Turings theologische Fragen mögen zur Entstehung und anfänglichen Rezeption seines Textes beigetragen haben, aber sie sind in der Entwicklung der Computertechnologie vergessen beziehungsweise durch ebenso austauschbare Elemente wie libertäre Visionen und Hippiekosmologien ersetzt worden. Der Einwand ist entscheidend dafür, wie weit eine kritische Kontextanalyse gehen kann. Von Profit- und Herrschaftszielen bis zu Sozialkritik selbst können verschiedenste Motive – von Profit- und Herrschaftsbestrebungen bis hin zur Sozialkritik – wissenschaftlich-technische Innovationen antreiben. Doch wo diese sich durchsetzen, ist anzunehmen, dass der spezielle Impuls hinter der allgemein anerkannten und allgemein nutzbaren Tragfähigkeit der Entdeckung oder Erfindung zurücktritt. Eine Kritik der Bedingtheit von Wissenschaft hätte dann keine bleibenden Anhaltspunkte. Man kann die These aber auch differenzierter vertreten: Je umfassender die praktischen Alternativen sind, die sich aus wissenschaftlichen Streitfragen ergeben, desto umfänglicher hängt auch der anerkannte, nutzbare Gehalt wissenschaftlicher Erkenntnisse von Machtverhältnissen ab. Eine Wirtschaftswissenschaft oder Medizin, die sich aus Diskussionen über die Wirtschaftsordnung oder das Gesundheitswesen völlig heraushält, ist schwer vorstellbar. Je breiter und vielfältiger sich Ergebnisse dagegen nutzen lassen – oder je weniger direkte Anwendung möglich ist –, desto besser greift die Unterscheidung von Genese und Geltung; in der Astronomie genauso wie in der Rechentechnik. Die Chancen von Wissenschaftskritik variieren entsprechend, aber sie brechen nicht weg, nur weil ‚Natur‘ der Gegenstand ist.

Das Wissenschaftssystem hat die wissenschaftskritischen Störungen trotzdem vergleichsweise lautlos bewältigt. Entscheidend waren dabei weder wechselseitige Disziplinierung unter den Forschenden noch ein Sanktionsapparat, sondern Arbeitsteilung. Ihre sichtbarste Form ist, dass führende Poststrukturalist_innen nur wenig über Naturwissenschaft wissen und von Fachleuten bloßgestellt werden. Weniger direkt fällt ins Auge, dass Rationalitätskritik in den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen auch selten aufkommt, ein Anliegen der Kulturwissenschaften bleibt und sogar aus der Philosophie weithin verdrängt wurde. Will man diese Lage erklären, muss man nicht nur Debatten, sondern vor allem Erfolgchancen in den Blick nehmen. Biologische Forschungen, die mögliche Genmanipulation erschließen, ziehen mehr Kapital an als solche, die Geschlechtertrennungen relativieren. Wo die theoretische Physik von Nutzungsfragen entkoppelt wurde, kann Atomwaffenkritik nicht als fachliche Erkenntnis honoriert werden. Und wenn sich Philosoph_innen bemühen, wissenschaftlich zu werden, setzen sie eher auf objektivierbare logische Form(e)n als auf Verunsicherung. Fraglich bleibt, wie solche Erfolgsbedingungen selbst zu erklären sind. Das Zwischenergebnis liegt aber auf der Hand: Am wirksamsten könnte

heute die Organisation wissenschaftlichen Erfolgs dafür sorgen, dass die systemischen Störungen und Konflikte, die Kritik als Verständigungsmodus hervortreibt, unter Kontrolle bleiben.

Damit ist der Übergang zur Diskussion von Konkurrenz erreicht. Die nunmehr ausgeführte Grundlage ist, dass eine geschichtlich an verschiedenen Fronten radikalisierte Kritik bis heute antikritische Gegenreaktionen provoziert. Die Autoritätsprobleme der Frühen Neuzeit dürfen zwar inhaltlich als erledigt gelten, doch ihr strukturelles Zentrum, die Streitfähigkeit von Beliebigen, sucht weiterhin die Anerkennungsgefüge wissenschaftlichen Austauschs heim. Der erstmals um 1848 sichtbare Impuls, die kritische Kompetenz auf verschiedenste praktische Ordnungen auszudehnen und sie mit politisch-sozialer Opposition zu verbinden, ist zurzeit abgeschwächt, bleibt aber aktivierbar, solange sich Eliten auf verbürgtes Herrschaftswissen stützen. Und während Kritik an der sozialen Funktion wissenschaftlicher Verfahren randständig bleibt, hat sie doch Wirkungspotenzial in der Geschlechter-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Um die bisher nur skizzierten Reaktionen genauer zu fassen, lohnt es noch einmal neu anzusetzen.

3. Wissenschaftliche Konkurrenz und akademischer Statuswettbewerb

Dass sich die sprachpraktischen Register von Kritik und Konkurrenz in der Wissenschaft nicht ausschließen, wurde bereits im ersten schematischen Überblick betont und wird durch diverse Wissenschaftstheorien bestätigt. Karl Popper, den ich als Zeugen für die Zentralität von Kritik angeführt habe, kann ebenso als Wettbewerbsdenker herangezogen werden: „Konkurrenz und Wettbewerb werden seit jeher als Wesensmerkmale der wissenschaftlichen Wissensproduktion beschrieben – erst im Wettbewerb um neue Ideen entsteht wissenschaftlicher Fortschritt (vgl. Popper 1959).“ (Gülker 2015: 76) Tatsächlich hat Popper über konkurrierende Theorien nachgedacht und sogar erklärt, „dass der Fortschritt der Wissenschaft vom freien Wettbewerb der Ideen und somit von der Freiheit abhängt“ (Popper 2005: 267). Allerdings äußert er diesen Gedanken nicht in der Erstauflage von 1935, sondern erst als Parteigänger der freien westlichen Welt in der Nachkriegszeit.[10] Das verdeutlicht, wie stark Kritik und Wettbewerb ideologisch aufgeladen sind (und zeigt nebenbei die Unschärfe einer Wissenschaftskultur, die nicht mehr kritisch den Wortlaut ihrer Bezugstexte überprüft). Grundsätzlich liegt nahe, dass Forschende sowohl durch Kritik um Ansehen konkurrieren als auch im Wettbewerb darum stehen, wem eine gute Kritik der anderen Positionen gelingt. Die Frage ist, worauf der Schwerpunkt liegt oder welcher Zweck übergeordnet ist. Die institutionellen Rahmenbedingungen von Wissenschaft dürften dies wesentlich vorentscheiden.

Wie diese Bedingungen aussehen, hängt stark von den herrschenden Gesellschaftsverständnissen und Regierungstechniken ab. In der neoliberalen Ära war es (krypto-)politisch eher Programm, alle im Wettbewerb einzuspannen, als (wie Popper) die Vorzüge einer freien (westlichen) Kultur zu betonen. Zugleich fragt sich, wie eine auf Konkurrenz eingerichtete Wissenschaft konkret funktioniert – womöglich auch nach der neoliberalen Hegemonie.

Viele Neuerungen, die Konkurrenz im Wissenschaftssystem stärken, haben tatsächlich neoliberale Regierungen (inklusive der Sozialdemokratie des „dritten Wegs“) gestaltet:

- die verstärkte Konkurrenz um wirtschaftliche Nutzung, Forschungsaufträge und Renditen auf geistiges Eigentum, wie sie besonders in den USA seit 1980 mit einer Reihe von Gesetzen gefördert wird (Slaughter/Leslie 1997, Berman 2012);
- die zunehmende Umstellung von bedarfsabhängiger auf wettbewerbsbasierte (und projektgebundene) Mittelverteilung, wie sie besonders in Deutschland seit etwa zwei Jahrzehnten stattfindet[11] – mit der als „Exzellenzstrategie“ ausgeführten Zusatzpointe, dass man so neue Hierarchien zwischen den Universitäten schaffen will;
- ein akademisches *New Public Management*, das Mittelvergabe über Kennzahlen an Leistungen bindet, paradigmatisch in Großbritannien mit dem Research Assessment Exercise (1986-2008) und dem Research Excellence Framework (ab 2014).

Weitere, mit den Regierungsmaßnahmen vielfältig verbundene Trends haben sich im Wissenschaftssystem selbst eingestellt:

- eine allgemeine Orientierung auf quantitativ gemessene Publikationserfolge, die zumeist an Zitationshäufigkeit gebunden sind und mittels verschiedener Indizes erhoben werden (siehe unten);
- eine verschärfte Stellungskonkurrenz der Forschenden, die mit variablen Mischungen von Indikatoren (Burrows 2012, Münch 2016) sowie Einladungen, Preisen und Ähnlichem um gute Arbeitsbedingungen und Entscheidungspositionen ringen;
- der Wettstreit wissenschaftlicher Einrichtungen um globales Ansehen, der besonders in Hochschulrankings stattfindet (Marginson/van der Wende 2007, Hazelkorn 2011) und Feedbackeffekte auf Studierenden- und Forscherzustrom, staatliche und private Unterstützung sowie Lehr- und Forschungsprofile selbst hat.

Im Folgenden will ich zunächst kurz erläutern, wie sich der Status wissenschaftlicher Kritik in solchen Zusammenhängen verändert. Danach diskutiere ich Antworten auf die schwerer zu klärende Frage, ob die Umstellung auf Konkurrenz auch durch die dargestellten Gefahren kritischer Auseinandersetzung bedingt ist. Ich schließe mit Bemerkungen zu den Konsequenzen für Erkenntnisfortschritte und politische Rationalität, die der umrissene Wandel erwarten lässt.

Um Konkurrenz gezielt als Modus wissenschaftlicher Auseinandersetzung zu untersuchen, bieten sich zwei Ansatzpunkte an: die Peer-Reviews, die über die Annahme von Publikationen und Forschungsanträgen entscheiden, und die Kennzahlen, durch die Forschungsleistungen quantitativ vergleichbar werden. Im ersten Bereich sind verschiedene Konkurrenzeffekte verhandelt worden: Es wurde gefragt, ob Peer Reviews zuverlässig, aussagekräftig und fair sind (Reinhart 2012: 98 ff.), ob sie die Schönung und Fälschung von Forschungsergebnissen aufzudecken helfen oder eher herausfordern (Fang et al. 2012), wie die Reviewer_innen selbst ihre Rolle bei Entscheidungen sehen (Lamont 2010). Die hier zentrale strukturelle

Erwägung ist anders gelagert, aber für diese Fragen aufschlussreich: Im Peer-Review verschiebt sich der Prozess der wissenschaftlichen Kritik *vor* die Publikation oder sogar vor die Forschung – und rückt damit in ein instrumentelles Verhältnis zu erstrebten Wettbewerbserfolgen.

Das erklärte Ziel dabei ist Qualitätssicherung: Texte sollen ein hohes Niveau von Informiertheit und Stringenz erreicht haben, bevor sie zur Publikation zugelassen werden, und nur die besten Forschungsvorhaben sollen finanziell unterstützt werden. Um diese Tests zu bestehen, setzt man sich der Kritik der anderen Fachleute aus; in avancierten Journals wird diese sogar bereits mitpubliziert. Alles dies sind vermutlich sinnvolle Maßnahmen (auch wenn die Urteile über ein und denselben Text in der Fachgemeinschaft fast zufällig variieren) doch sie fördern ein schlichtes Kalkül: Ich lege meinen Text oder Antrag so an, dass er möglichst bei keiner Reviewerin, die als sachlich zuständig gilt, Anstoß erregt (und möglichst jeder das Gefühl gibt, selbst berücksichtigt worden zu sein). Durch dieses Kalkül wird die Kritik *an* anderen Positionen in den Texten vorab geschwächt, weil sie zur Ablehnung führen könnte, und zugleich die erwartbare Kritik *von* anderen vorgreifend aufgewertet, weil sie über Sein oder Nichtsein meines Beitrags in der Fachwelt entscheidet. Öffentlich geübte Kritik wird zum vermeidbaren Risiko, besonders wirksam ist Kritik als Publikationshürde. Ein instrumentelles Verhältnis zu ihr entwickle ich spätestens dann, wenn das Ziel nicht mehr bloß die Publikation, sondern die Veröffentlichung in einer möglichst hoch angesehenen Zeitschrift ist (eine inzwischen übliche Praxis; Rogge 2015: 209f.). Und da das Ansehen quantitativ gemessen wird, kommen an diesem Punkt Kennzahlen ins Spiel.

Solche Zahlen können in ihren wirtschaftlichen und bürokratischen Herkunftskontexten in verschiedenster Weise erhoben werden, um steuerungsrelevante Leistungen zu messen (wie viele Klient_innen werden pro Tag versorgt, wie viele Reklamationen fallen pro Woche an?). In der Wissenschaft messen sie nicht bloß Pflichten wie Promotionsbetreuungen, sondern bevorzugt die wechselseitige Einschätzung von Forschenden – direkt durch Befragungen, vermittelt durch Bewilligungen sowie vor allem, mit bibliometrischen Verfahren, durch Zitationshäufigkeit. Die Komplexität der Verfahren hat auch hier Debatten ausgelöst; die „Sichtbarkeit“ von Einzelnen und der Impact-Faktor einer Zeitschrift variiert je nach Datenbasis und Berechnungsweise deutlich (vgl. Münch 2015: 149 ff.). Strittig ist natürlich auch, ob man überhaupt wissenschaftliche Qualität quantifizieren kann. Für die Frage nach der Struktur der epistemischen Praxis genügt erneut eine einfache Überlegung: Die Kennzahlen sind ein *Konkurrenzmedium* par excellence (Reitz 2015a: 179). Sie erlauben es, Leistungen oder Erfolg quantitativ anzuordnen, und sie können damit diverse Verteilungsprozesse regeln. In Deutschland spielen sie bisher vor allem für Berufungsentscheidungen eine Rolle, in Großbritannien wie erwähnt für die finanzielle Versorgung ganzer Institute, Fachbereiche und Hochschulen. Weltweit steuert die Reputation von Fachzeitschriften die Weise, in der Forschende ihre knappen guten Einsichten verteilen. Kritische Urteile werden auf dieser Bearbeitungsstufe wissenschaftlicher Kommunikation schlicht überflüssig. In Berufungsverfahren muss man kaum noch Publikationen besprechen, und mit dem Impact-Erfolg einer Zeitschrift erübrigen sich Urteile zu

ihrer Ausrichtung oder zur Qualität von ihr arrangierter Debatten – wenn Diskussion angestrebt ist und nicht bloß die Zusammenstellung ambitionierter Beiträge.

Befördert durch solche Prozesse wird auch die Wahrnehmung von Wissenschaft zunehmend von Wettbewerbsbildern bestimmt, sei es in den spektakulären globalen Rankings, sei es im Alltag derer, die Forschende, deren Projekte und Institute beurteilen sollen.[12] In einem Feld, das sich so massiv als Konkurrenzbetrieb präsentiert, wird Kritik selbst in ihrer dienenden Funktion oft verzichtbar.

Dieser Erfolg von Konkurrenzmechanismen und -medien kann nicht allein auf die neoliberale Hegemonie seit den 1980ern zurückgeführt werden. Ergänzend werden vor allem funktionale Erklärungen diskutiert. Die Sozialtechnik des Peer-Review erleichtert Mittelverteilungen und schafft Vertrauen in ihre Legitimität (Reinhart 2012), limitiert und sortiert die Überfülle wissenschaftlicher Beiträge. Die ergänzende Schicht quantitativer Indikatoren könnte so alternativlos sein wie die neuen Informations- und Kontrolltechnologien insgesamt; wer in Kommissionen noch Texte diskutieren will, verhält sich vielleicht wie jemand, der dem Auto die Kutsche vorzieht, um die Landschaft besser zu sehen (Weingart 2015: 249). Kombiniert verleihen Peer-Reviews und Kennzahlen der akademischen Profession eine neue Autonomie (Musselin 2013), die dennoch bürokratisch-politisch berechenbar ist. Zudem kann der Staat durch seine Wettbewerbe Fördergeld sparen, weil jeweils nur wenige etwas gewinnen (Reitz u. a. 2016). Und schließlich geben Kennzahlen und Rankings der weichen Währung wissenschaftlicher Reputation eine Struktur, an der sich neben Hochschulverwaltungen und Regierungen auch künftige Studierende und ihre Eltern, Unternehmen und Spender_innen orientieren können (Münch 2016). Diese Erklärungsansätze sind alle sinnvoll; sie sagen jedoch wenig darüber, was die begleitende Abwertung von Kritik bedingt. Nimmt man die hier vorgestellten Thesen zusammen, liegt nahe, dass die akademische Konkurrenz sogar auf diese Abwertung angelegt ist.

Während insgesamt offen ist, ob Konkurrenz Wissenschaft effizient organisiert, bildet das soziale Störpotenzial von Kritik ein Effizienzhemmnis, das in der neuen akademischen Welt überwunden wird. Eine Reihe bereits angesprochener Kontexte macht den Punkt deutlich: Wo *Berufungskommissionen* über Texte diskutieren, kann alles aufbrechen, was man in der oft sowieso gespannten Lage eher unter der Artikulationsschwelle halten will: Paradigmenstreit, Konflikte um männliche oder weibliche Dominanz, Kollisionen politischer und ästhetischer Einstellungen. Der Rekurs auf Zahlen wirkt dagegen pazifizierend und hilft den Beteiligten, zumindest in der Selbstwahrnehmung wissenschaftliche Leistungen von Nichtzugehörigem zu trennen. Eine ähnliche Trennung erlaubt die Vorverlagerung von Kritik in *Reviewerverfahren*. Während es vor Publikum attraktiv sein kann, Kolleg_innen zu desavouieren und politisch-theoretische Streitigkeiten auszutragen, fällt dieser Reiz fort, wenn die Kritik im Manuskript gleich vom angegriffenen Lager abgewehrt zu werden droht und Kritik am Manuskript nur eine Person erreicht. Das schließt nicht aus, dass auch die Kritik im Schutz der Anonymität verletzend ist, löst aber das Gentlemanproblem der Frühen Neuzeit: Da in der voröffentlichen, doppelt blinden Überprüfung nicht sichtbar Personen und Parteien aufeinandertreffen, können sie einander auch nicht ehrwürdig

angreifen. Die Gefahr unwissenschaftlicher Konflikte wird reduziert. Ein Nebeneffekt könnte sein, dass etwa die Soziologie ihre öffentliche Dimension verliert und „nur noch interessant für die Gemeinde der Artikelproduzenten selbst ist“ (Münch 2015: 154). Ziemlich klar ist die Lage schließlich bei der *wettbewerbsförmigen Verteilung von Forschungsgeldern*. Eine politische Entscheidung dafür, das neue Großprojekt in der Humangenetik oder in der Umweltbiologie anzusiedeln, die marktliberale Hauptlinie oder die keynesianische Opposition in der Volkswirtschaftslehre zu fördern, ist jederzeit angreifbar; wenn dagegen Wettbewerbe den Besten den Zuschlag geben, bleibt nur noch die weit weniger aussichtsreiche Kritik an den Begutachtungsgremien. Gewöhnlich herrscht öffentlich einfach Vertrauen, dass diese Gremien sachlich entscheiden (Reinhart 2012: 127 ff.).

Eine allgemeine Formel für die drei Kontexte und für weitere, verwandte Verschiebungen wäre (je nach Haltung), dass die Einhegung von Kritik durch Konkurrenz wissenschaftliche Auseinandersetzung *entpolitisiert* oder dass sie die *Politisierung* von Wissenschaft *begrenzt*. Man kann sogar hinzufügen, dass sich eine so umgestaltete Wissenschaft zur Entpolitisierung von Politik selbst eignet, nämlich als Reservoir parteilich nicht vorbelasteter Expert_innen, die bei heiklen Fragen zur Beratung herangezogen werden (vgl. am Beispiel der Ökonomik Maeße 2015). Dieser Befund ist in einem bestimmten Theoriespektrum (von Laclau/Mouffe 1985 über Rancière 1995 bis zu Marchart 2013) nicht originell beziehungsweise nur noch nicht auf die Strukturen wissenschaftlicher Auseinandersetzung angewendet worden. Er erlaubt aber Schlussfolgerungen, die sich von den eingangs genannten Annahmen zur Ermüdung von ‚Kritik‘ deutlich unterscheiden: Wenn Kritik durch Konkurrenzmechanismen *verdrängt* oder *ingehegt* wird, weil das Wissenschaftssystem ohne sie reibungsloser und selbstbezoglicher arbeiten sowie effektiver regiert werden kann, ist das mehr als eine gleichsam automatische Selbstneutralisierung oder produktive Eingliederung der kritischen Impulse. Es bedeutet eine Umstellung in den praktischen Routinen der Wissenschaft, die nicht alternativlos war und es in zahlreichen Einzelfällen weiter nicht ist.

Erschöpfte, abstrakte, routinemäßige, halbherzige, wirkungslose, integrierbare Kritik erklärt sich in diesem Fall nicht aus inneren Schwierigkeiten, sondern daraus, dass die Beteiligten die Ordnungen der Konkurrenz akzeptiert haben. Kritische Theorie im Exzellenzcluster, DFG-geförderte Projekte zur gegenwärtigen Krise des Kapitalismus, Qualifikationsschriften zur Anklage bildungsbasierter Exklusion können selbstverständlich Raum für aufrührerische Personen und Aussagen bieten – der Normalfall ist, dass der Kontext den Inhalt neutralisiert. Der springende Punkt ist dabei nicht individuelle Aufrichtigkeit oder Heuchelei, sondern die Frage, welche Anschlusskommunikationen wahrscheinlich sind. Eine Serie von kritischen Äußerungen (und gegebenenfalls gegenkritischen Antworten) in den Wissenschaften kann auch heute dazu beitragen, dass sich (proto-)politische Fronten bilden und bewegen; zumeist verliert sie sich aber in der besser greifenden Serie erfolgsorientierter Anträge und Publikationen.

Wie man mit dieser Lage umgehen kann, hängt stark von den politischen Anliegen ab, die man gegebenenfalls verfolgt. Allgemein lässt sich aber festhalten, weshalb die geschilderte Lage nicht allein harten Gesellschaftskritiker_innen Unbehagen bereitet. Einerseits haben sich Gefahren für wissenschaftliche

Standards gezeigt, die gerade mit der Konkurrenzkultur wachsen (und zunehmend kritisch diskutiert werden): Fassadenpflege in Anträgen, Selbstzensur und stille „Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner“ in Publikationen (Münch 2015: 154), zu Präsentationszwecken geschönte oder gefälschte Ergebnisse, eine vom Vorbild weniger Fächer und Länder geprägte Publikations-Monokultur (ebd.: 155 ff.), die Verdrängung wissenschaftlicher Neugier durch Statusmotive. Andererseits macht sich in Kontexten politischen Engagements empfindlich bemerkbar, dass eine Kultur wissenschaftlicher Kritik fehlt. Was immer an der Politisierung wissenschaftlicher Debatten unangenehm auffallen mag – ein Hang zum Besserwissen, zum moralischen Rechthaben und zum Dogmatismus –, ist in der Regel argumentativ besser artikuliert und zugänglich als Ideologien, denen das Korrektiv wissenschaftlicher Schulung fehlt. Das gilt nicht nur für autoritär populistische Diskurse, sondern auch für die Gesellschaftskritik linker Sekten, die von vornherein nicht mit dem akademischen Konkurrenzbetrieb kommunizieren.

Im Eingangsbereich dieses Betriebs, sozusagen vor der Konkurrenz, finden sich vermutlich mehr Menschen als je zuvor, die zugleich intellektuelle Neugier und Interesse an politischer Veränderung haben. Der Autor dieses Beitrags gibt in wissenschaftlichen Texten ungern praktische Empfehlungen, aber vielleicht wäre es angebracht, hier wieder an einer Kultur wechselseitiger Kritik zu arbeiten, die öffentlich stattfindet und sich offene Übergänge zur politischen Auseinandersetzung herausnimmt. Die sehr abstrakte Reflexion darauf, was Kritik als solche ist und leisten kann (oder ob sie heute noch möglich ist), würde in einem solchen Prozess vielleicht schrittweise überflüssig.

Endnoten

- [1] Das betrifft Boltanski zufolge sogar den Bereich ökonomischer Ungleichheit: „In diesen Gesellschaften unterliegen die der Öffentlichkeit übermittelten Geschehnisse und die über sie verbreiteten Diskurse [...] einem *Imperativ der Rechtfertigung*, so dass sie von jedem wie auch immer dazu qualifizierten (und als *legitim* angesehenen) Adressaten diskutierbar gemacht werden können. [...] In diesem Gesellschaftstyp unterliegen nicht nur Staatsagenturen, sondern auch das, was man [...] die *Institutionen des Kapitalismus* nennen könnte, diesen Anforderungen.“ (2010: 185)
- [2] Dies ist bekanntlich der Einwand von Kuhn (1996 [1962]), Feyerabend (1983) und anderen gegen Popper. In einer Gegenoffensive spitzt Imre Lakatos die Kritikbegrifflichkeit folgendermaßen zu: „[A]ccording to Popper science is ‚revolution in permanence‘, and criticism the heart of the scientific enterprise.“ (1970: 92)
- [3] „[W]hile the consideration of *Men*, and of *humane affairs*, may affect us, with a thousand various disquiets; *that* never separates us into mortal factions; *that* gives us room to differ, without animosity; and permits us, to raise contrary imaginations on it, without any danger of a *Civil War*.“ (Sprat 1959 [1667]: 55 f.)
- [4] „The Royal Society’s ‘modern’ rejection of authority in scientific matters quite specifically mobilized codes of presumed equality operative in early modern gentle society. [...] Conversation was [...] not only a mark of epistemic efficiency, it was also a civil end in itself. No conception of truth could be legitimate if pursuing and maintaining it put civil conversation at risk.“ (ebd.: 123) Konfliktfällen, in denen es dennoch Kritik gab und die sozial zu eskalieren drohten – etwa weil Randfiguren aus dem restaurativen Lager oder, im Fall Spinozas, aus dem Ausland eine Rolle spielten –, geht Shapin leider nicht weiter nach.
- [5] Martin Reinhart (2005: 4 f.) verweist im Kontext auch summarisch auf Shapin, der Peer-Reviews allerdings nicht systematisch diskutiert.

- [6] Als nun anstehenden ‚Gegenstand der Kritik‘ bestimmt Bauer (1844a, 1844b) in der entscheidenden Phase die ‚Masse‘ und die frühsozialistischen Systeme. Die Berliner Junghegelianer transformieren sich währenddessen von der ‚politischen Partei‘ zur ‚intellektuellen Boheme‘ (Eßbach 1988: 204 ff. sowie 290 ff.).
- [7] Sätze wie der folgende reihen sie unter normierende und disziplinierende Sozialtechniken ein, die man heute ‚fordistisch‘ nennt: „Die Angst des rechten Sohns moderner Zivilisation, von den Tatsachen abzugehen, die doch bei der Wahrnehmung schon durch die herrschenden Usancen in Wissenschaft, Geschäft und Politik klischeemäßig zugerichtet sind, ist unmittelbar dieselbe wie die Angst vor der gesellschaftlichen Abweichung“ (Horkheimer/Adorno 1988 [1947]: 3).
- [8] Turing fragt, ob eine Maschine in diesem Sinn ‚super-critical‘ sein kann; Latour regt an, dass wir selbst es werden: „Critical theory died away long ago; can we become critical again, in the sense [...] offered by Turing? That is, generating more ideas than we have received, inheriting from a prestigious critical tradition but not letting it die away, or ‘dropping into quiescence’ like a piano no longer struck“ (2004: 248).
- [9] Im Textverlauf deutet er solche Probleme immerhin an: „[N]o matter what we do, when we try to reconnect scientific objects with their aura, their crown, their web of associations, when we accompany them back to their gathering, we always appear to *weaken* them, not to *strengthen* their claim to reality“ (ebd.: 237).
- [10] Die betreffende Fußnote findet sich zuerst in der englischsprachigen Neuauflage der *Logik der Forschung* von 1959, dann auch in den deutschen Ausgaben ab 1966 – und Popper verweist darin auf seine u. a. antimarxistische Kampfschrift *The Poverty of Historicism* (1957). Der einzige starke Beleg zum Wettbewerb in der Erstauflage lautet, das Ziel empirischer Forschung sei es, „in möglichst strengem Wettbewerb das relativ haltbarste [System] auszuwählen“ (Popper 1935: 14).
- [11] Besonders die Daten für die Zeit ab 2000 sind deutlich. Das Verhältnis der staatlichen Grundfinanzierung zu den Ausgaben der Hochschulen ist von 2003 bis 2013 von 75% auf 66% gefallen (IEKE 2016: 12), während der Anteil von Drittmitteln an der Hochschulfinanzierung zwischen 2000 und 2010 von 10% auf 15% gestiegen ist (WR 2013: 115). Fast die Hälfte der Forschung an deutschen Hochschulen ist inzwischen drittmittelfinanziert.
- [12] Silke Gülker zeigt das – eingeleitet vom schon zitierten Popper-Verweis – in einer Analyse von Review-Haltungen in verschiedenen Ländern. Selbst angesichts des altbekannten Wissenschaftswettbewerbs falle auf, „mit welcher Selbstverständlichkeit sich die wissenschaftliche Fachgemeinschaft in internationaler Konkurrenz beschreibt“ (2015: 76). Obwohl „keine noch so gut informierten Gutachterinnen die weltweite Forschungslandschaft überblicken oder Zitationsindizes diese treffend erfassen“ (ebd.) können, setzten „die Gutachterinnen [...] gedachte weltweite Ranglisten“ voraus, „wenn sie davon sprechen, dass ein Institut im internationalen Wettbewerb ‚nach vorne‘ kommen müsse oder ein bestimmtes Paper keine internationalen Auswirkungen habe“ (ebd.: 75).

Autor_innen

Tilman Reitz ist Soziologe und Philosoph. Seine Schwerpunkte sind Politische Theorie, Gesellschaftstheorie, Wissenssoziologie und Ästhetik.
tilman.reitz@uni-jena.de

Literatur

- Aristoteles (1957): *Politica*. Herausgegeben von William David Ross, Oxford: Oxford UP.
- Bauer, Bruno (1844a): Was ist jetzt der Gegenstand der Kritik? In: Hans Martin Sass (Hg.) (1968), *Feldzüge der reinen Kritik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 200-212.
- Ders. (1844b): Die Gattung und die Masse. In: Hans Martin Sass (Hg.) (1968), *Feldzüge der reinen Kritik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 213-223.

- Berman, Elizabeth Popp (2012): *Creating the Market University. How Academic Science Became an Economic Engine*. Princeton/New Jersey: Princeton UP.
- Biagioli, Mario (2002): *From Book Censorship to Academic Peer Review*. In: *Emergences: Journal for the Study of Media & Composite Cultures* 12, 11-45.
- Boltanski, Luc (2010): *Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2008*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ders. / Thévenot, Laurent (1999): *The Sociology of Critical Capacity*. In: *European Journal of Social Theory* 2, 359-377.
- Burawoy, Michael (2005): *For Public Sociology*. In: *American Sociological Review* 70, 4-28.
- Burrows, Roger S. (2012): *Living With the H-Index? Metric Assemblages in the Contemporary Academy*. In: *The Sociological Review* 60, 355-372.
- Dawkins, Richard (1976): *The Selfish Gene*. Oxford: Oxford University Press.
- Eßbach, Wolfgang (1988): *Die Junghegelianer. Zur Soziologie einer Intellektuellengruppe*. München: Fink.
- Fang, Ferric C. / Steen, R. Grant / Casadevall, Arturo (2012): *Misconduct Accounts for the Majority of Retracted Scientific Publications*. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 109, 17028-33.
- Fausto-Sterling, Anne (2000): *Sexing the Body: Gender Politics and the Construction of Sexuality*. New York: Basic Books.
- Feyerabend, Paul (1983): *Wider den Methodenzwang*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fox Keller, Evelyn (2000): *The Century of the Gene*. Cambridge/Massachusetts: Harvard UP.
- Gülker, Silke (2015): *Responsivität beim Bewerten von Wissenschaft*. In: Hildegard Matthies / Dagmar Simon / Marc Torks (Hg.), *Die Responsivität der Wissenschaft. Wissenschaftliches Handeln in Zeiten neuer Wissenschaftspolitik*. Bielefeld: transcript, 51-95.
- Habermas, Jürgen (1990 [1961]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ders. (1964): *Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 16, 636-659.
- Ders. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde., Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hazelkorn, Ellen (2011): *Rankings and the Reshaping of Higher Education. The Battle for World-Class Excellence*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Hempel, Carl Gustav / Oppenheim, Paul (1948): *Studies in the Logic of Explanation*. In: *Philosophy of Science* 15, 135-175.
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (1988 [1947]): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- IEKE (Internationale Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative) (2016): *Endbericht*. Berlin: Institut für Innovation und Technik.
- Im Hof, Ulrich (1982): *Das gesellige Jahrhundert. Gesellschaft und Gesellschaften im Zeitalter der Aufklärung*. München: Oldenbourg.
- Israel, Jonathan (2001): *Radical Enlightenment. Philosophy and the Making of Modernity 1650-1750*. Oxford: Oxford UP.
- Kant, Immanuel (1781): *Kritik der reinen Vernunft*, Riga: Hartknoch.
- Koselleck, Reinhart (1997 [1959]): *Kritik und Krise. Zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Kuhn, Thomas (1996 [1962]): *The Structure of Scientific Revolutions*. 3. A.. Chicago / London: University of Chicago Press.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London: Verso.
- Lakatos, Imre (1970): *Falsification and the Methodology of Scientific Research Programs*. In: ders. / Alan Musgrave (Hg.), *Criticism and the Growth of Knowledge. Proceedings of the International Colloquium in the Philosophy of Science*. Bd. 4. Cambridge: Cambridge UP, 91-196.
- Lamont, Michèle (2010): *How Professors Think. Inside the Curious World of Academic Judgement*. Cambridge/Massachusetts: Harvard UP.
- Latour, Bruno (2004): *Why Has Critique Run out of Steam? From Matters of Fact to Matters of Concern*. In: *Critical Inquiry* 30, 225-248.
- Maeße, Jens (2015): *Eliteökonomien. Wissenschaft im Wandel der Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer.

- Marchart, Oliver (2013): Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Marginson, Simon / van der Wende, Marijk (2007): To Rank or to Be Ranked. The Impact of Global Rankings in Higher Education. In: *Journal on Studies in International Education* 11 (3-4), 306-330.
- Marx, Karl (1844): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung (1844). In: *Marx Engels Werke (MEW)*, Bd. 1 (1957), Berlin/DDR: Dietz, 378-391.
- Moggach, Douglas (2010): Politische Heteronomie und republikanische Freiheit bei Bruno Bauer. In: Klaus Michael Kodalle / Tilman Reitz (Hg.), *Bruno Bauer (1809-1882) – ein „Partisan des Weltgeistes“?* Würzburg: Königshausen & Neumann, 241-249.
- Münch, Richard (2016): Die Macht der Zahlen in der Evaluation wissenschaftlicher Forschung. Eine soziologische Erklärung. In: Julian Hamann / Jens Maeße / Vincent Gengnagel / Alexander Hirschfeld, *Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer.
- Ders. (2015): Alle Macht den Zahlen! Zur Soziologie des Zitationsindexes. In: *Soziale Welt* 66, 149-159.
- Mulsow, Martin (2012): *Prekäres Wissen. Eine andere Ideengeschichte der Frühen Neuzeit*, Berlin: Suhrkamp.
- Musselin, Christine (2013): How Peer Review Empowers the Academic Profession and University Managers: Changes in Relationships between the State, Universities and the Professoriate. In: *Research Policy* 42, 1165–1173.
- Popper, Karl (1935): *Logik der Forschung. Zur Erkenntnistheorie der modernen Naturwissenschaft*. Wien: Julius Springer.
- Ders. (2005): *Logik der Forschung*, 11. Auflage. Herausgegeben von Herbert Keuth, Berlin: Akademie Verlag.
- Reinhart, Martin (2012): *Soziologie und Epistemologie des Peer Review*. Baden-Baden: Nomos.
- Ders. (2010): Qualität durch Peer Review. http://www.hkb.bfh.ch/fileadmin/PDFs/Y/symposium/Qhoch3_Martin_Reinhard.pdf (letzter Zugriff am 5.8.2016).
- Reitz, Tilman (2015a): Konkurrenz als Beharrungsprinzip. Soziologische Theorie im Anschluss an Lewis Carroll. In: Thomas Kirchhoff (Hg.), *Konkurrenz. Historische, strukturelle und normative Perspektiven*. Bielefeld: transcript, 165-190.
- Ders. (2015b): Das zerstreute Gemeinwesen. Politische Semantik im Zeitalter der Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.
- Ders. / Graf, Angela / Möller, Christina (2016): Nicht förderungswürdig. Weshalb die Evaluation der Exzellenzinitiative gegen deren Fortsetzung spricht. In: *suburbana. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 4/2 (in diesem Heft)
- Rivera, Lauren (2015): *Pedigree. How Elite Students Get Elite Jobs*. Princeton, Oxford: Princeton UP.
- Rogge, Jan-Christoph (2015): Soziale Bedingungen und Effekte der quantitativen Leistungsmessung. Ergebnisse einer Befragung von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. In: *Soziale Welt* 66, 205-214.
- Röttgers, Kurt (1982): Kritik. In: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 3. Stuttgart: Klett Cotta, 651-675.
- Schmitt, Carl (1938): *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols*. Hamburg: Hanseatische Verlags-Anstalt.
- Shapin, Steven (1994): *A Social History of Truth. Civility and Science in Seventeenth-Century England*, Chicago. London: University of Chicago Press.
- Simmel, Georg (1983 [1903]): Zur Soziologie der Konkurrenz. In: Heinz-Jürgen Dahme / Otthein Rammstedt (Hg.): *Schriften zur Soziologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 173–193.
- Slaughter, Sheila / Leslie, Larry L. (1997): *Academic Capitalism. Politics, Policies, and the Entrepreneurial University*. Baltimore/Maryland.: Johns Hopkins UP.
- Sokal, Alan / Bricmont, Jean (2001): *Eleganter Unsinn. Wie die Denker der Postmoderne die Wissenschaften missbrauchen*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Spanier, Bonnie (1995): *Im/partial Science: Gender Ideology in Molecular Biology*. Bloomington/Indiana: Indiana University Press.
- Sprat, Thomas (1959 [1667]): *History of the Royal Society*. Herausgegeben von Jackson I. Cope und Harold Whitmore Jones, London: Routledge.
- Stichweh, Rudolf (2013 [1994]): Die Autopoiesis der Wissenschaft. In: ders. (Hg.), *Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen*. Bielefeld: transcript.

- Toepfer, Georg (2015): Die Rote Königin jagt den Hofnarren. Konkurrenz auf der Bühne der Natur und im Spiel der Evolution. In: Thomas Kirchhoff (Hg.), Konkurrenz. Historische, strukturelle und normative Perspektiven. Bielefeld: transcript, 117-138.
- Turing, Alan (1950): Computing Machinery and Intelligence. In: Mind 49, 433-460
- Weingart, Peter (2015): Nostalgia for the World without Numbers. In: Soziale Welt 66, 243-250.
- WR (Wissenschaftsrat) (2014): Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten (Drucksache 4009-14). <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4009-14.pdf> (letzter Zugriff am 2.11.2016).
- WR (Wissenschaftsrat) (2013): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems (Drucksache 3228-13). <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3228-13.pdf> (letzter Zugriff am 2.11.2016).

The Restructuring of Scientific Conflicts and its Knowledge Effects

Since the social and natural sciences imply dissent, ways of waging and regulating conflicts have to be found. This paper argues that the prevailing practice of conflict has for a long time been mutual critique, whereas recently organized competition assumed the dominant role. In order to substantiate this thesis, critique and competition are first introduced as specific forms of social practice. In a second step, episodes from the history of Western science serve to show that scientific critique has always been on the verge of producing political unrest and social disruptions. It has threatened established authorities, cooperated with oppositional social movements, and questioned scientific rationality itself. In the last step I argue that the recent hegemony of competition is (in parts) a reaction to this series of threats. In almost all forms of competition – contingent funding, impact-factor-mania, global rankings – traces of minimizing the disruptive potential of critique can be found.